

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 36.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postfach 7718 Köln

Köln, den 8. September 1916.

Inserationspreis für die viersp. Zeitzeile 20 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Denloerwall 9. Telefonruf B. 1546. — Redaktionsschluss ist Samstag Mittag

17. Jahrg.

Für unsere Kriegsbeschädigten.

Bei den vielen Millionen, die bei diesem Weltkriege draußen im Felde jahrelang fürs Vaterland, für Heimat und Heerd kämpfen und bluten müssen, ist es ganz selbstverständlich, daß die Frage der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten eine große Bedeutung erlangt hat. Es war daher ein durchaus glücklicher Gedanke, das weitverzweigte Gebiet der Kriegsbeschädigtenfürsorge einmal auf einem Kongreß gründlich behandeln zu lassen. Dazu bot sich eine passende Gelegenheit bei Eröffnung der Ausstellung für Kriegsbeschädigtenfürsorge, die von der Stadt Köln in vortrefflicher Weise veranstaltet worden ist. Der Kongreß wurde abgehalten vom 22. bis 25. August im Gürzenich zu Köln.

Schon die zahlreiche Besichtigung der Tagung aus allen Ecken des Reiches, aus allen Ständen, Berufen und Organisationen zeigte, daß es sich bei der Kriegsbeschädigtenfürsorge um ein Gebiet handelt, das allen Vaterlands- und Menschenfreunden sehr am Herzen liegt. Wie intensiv die Kriegsbeschädigtenfürsorge bereits gepflegt wird, belehrt uns ein Blick auf die Tagesordnung und auf den Stoff, der auf der Tagung von den Rednern, teilweise hervorragende Fachleute, zu behandeln war. Standen doch nicht weniger wie 15 Vorträge, mit je einem besondern Spezialgebiet, auf der Tagesordnung und zwar: 1. Landesdirektor von Winterfeldt, Vors. des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Berlin: Organisation und bisherige Arbeit der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge; 2. Oberregierungsrat im Staatsministerium des Innern Dr. Schwegler in München: Die bürgerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Gesetzgebung; 3. Direktor a. D. Prof. v. Strebel in Stuttgart: Landwirtschaft und Kriegsbeschädigtenfürsorge; 4. Regierungspräsident von Schwerin in Frankfurt a. D.: Ländliche Siedlung; 5. Wirklicher Geheimrat Dr. Dernburg in Berlin: Städtische Siedlung; 6. Medizinalrat Oberstabsarzt Dr. Rebenitsch in Offenbach a. M.: Die ärztliche Fürsorge für die Kriegsverstümmelten; 7. Wirklicher Geheimrat Obermedizinalrat im Ministerium des Innern Professor Dr. Dietrich in Berlin: Die ärztliche Fürsorge für die Kriegskranken; 8. Bürgermeister von Hollander in Mannheim: Die Hinterbliebenenfürsorge; 9. u. 10. Stützendirektor Probst in Düsseldorf und Generalkommissionsvorsitzender Legien, M. d. R., in Berlin: Die Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Industrie; 11. Bürgermeister Dr. Luppe in Frankfurt a. M.: Die Unterbringung der Kriegsbeschädigten im öffentlichen Dienst; 12. Die Verwendungsmöglichkeit der Kriegsbeschädigten im Handel; 13. Die Verwendungsmöglichkeit der Kriegsbeschädigten im Handwerk; 14. Rechtsrat Dr. Fischer in Nürnberg: Der Arbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte; 15. Freifrau von Bissing in Berlin: Die Mitarbeit der Frau in der Kriegsbeschädigtenfürsorge; 16. Pastor Kießling in Hamburg: Die Fürsorge für die Familien der Kriegsbeschädigten.

Es würde zu weit führen, wegen des zur Zeit sehr beschränkten Raumes unserer Verbandszeitung, darin auch nur auszugsweise das wiederzugeben, was in den Reden Gutes zutage gefördert wurde. Vorläufig müssen wir uns daher darauf beschränken, in aller Kürze das Wichtigste aus einer Sondertagung mitzuteilen, die die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen im Isabellenpavillon des Gürzenich gemeinsam abgehalten.

Beteiligt waren auf dieser Sondertagung die freien, christlichen, kirchlich-Denkens und polnischen Gewerkschaften, sowie mehrere Angestelltenverbände. Als Gäste waren erschienen die Herren Oberbürgermeister Geib als Vertreter des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge, Geheimrat Dr. Pannwitz als Leiter der Zentrale für soziale Fürsorge beim Generalgouvernement in Belgien und Herr Dr. P. Hirschfeld (Berlin).

Herr Weis in Berlin hielt das einleitende Referat über die Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge, wobei er besonders betonte, daß bei sehr vielen Für-

sorgestellen die Arbeitervertreter nicht hinzugezogen würden. Eine Umfrage der Generalkommission in 206 Orten habe ergeben, daß davon in 147 Orten Fürsorgeausschüsse beständen. Als Berufsberater seien 931 Vertreter, als Beisitzer 445 Vertreter der Gewerkschaften tätig. Zieht man davon die 200 Vertreter aus Berlin, sowie die aus einigen andern Großstädten ab, so sei die Beteiligung der Arbeitervertreter im übrigen Deutschland äußerst gering. Redner forderte eine reichsgesetzliche Regelung der Fürsorge, damit dieses eine festere, gesetzliche und dauernde Unterlage erhalte.

Als zweiter Referent erörterte Kollege Strelter (Berlin) einige Spezialfragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Das Mannschaftsversorgungs-gesetz enthalte bedenkliche Mängel, auf die bereits der Sonderausschuß des Reichsausschusses hingewiesen habe. Die Militärrente für einen völlig erwerbsunfähigen Mann betrage nur 720 M. pro Jahr, ein Betrag, mit dem besonders in einer größeren Stadt nicht auszukommen sei. Hier müsse eine Reform nach sozialen Gesichtspunkten eintreten. Vor der Armenpflege müßten die Kriegsbeschädigten unter allen Umständen bewahrt werden. Den Gemeinden könne man auch nicht dauernd größere Opfer auferlegen. Hier müsse das Reich ausreichende Fonds zur Verfügung stellen. Auch für die ohne Versorgung entlassenen Kriegsbeschädigten und Kriegskranken müsse etwas geschehen, da man sie nicht der Armenpflege überlassen dürfe. Die Arbeitsbeschaffung müsse in engster Verbindung mit den Arbeitsnachweisen stehen und da, wo Arbeitsgemeinschaften bestehen, möglichst diesen übertragen werden. Den privaten Wohlfahrtsvereinen, die, oft von zweifelhaften Elementen geleitet, sich mit Arbeitsvermittlung befassen, müsse man energisch auf den Leib rücken.

Im Anschluß an die Referate faßte die Gewerkschaftstagung ihre besondern Wünsche in folgender Entschließung zusammen:

„Die Arbeiter und Angestellten Deutschlands sind an der Fürsorge für die kriegsverletzten und kriegserkrankten Kriegsteilnehmer aufs lebhafteste interessiert und haben sich seither an den Einrichtungen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, vor allem an den Arbeiten des Reichsausschusses intensiv beteiligt. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge, die besonders nach Schluß des Krieges von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung sein wird, bedarf zur erfolgreichen Wirksamkeit in allererster Linie des Vertrauens der von der Fürsorge selbst betroffenen Personen. Dieses Vertrauen kann nur erworben werden, wenn ihnen die Leistungen der Fürsorge durch eine reichsgesetzlich geregelte Organisation gewährleistet werden. Da die Kriegsbeschädigtenfürsorge dieser Grundlage bisher entbehrt, fordern die in Köln anlässlich der Tagung für Kriegsbeschädigtenfürsorge (22. bis 25. August 1916) versammelten Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands deren reichsgesetzliche Regelung.

Die Voraussetzung einer solchen wirksamen Organisation ist, daß neben den Vertretern anderer Berufskreise auch die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisation überall als vollberechtigt hinzuzuziehen sind zur Mitwirkung nicht nur bei allgemeinen Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge, sondern vor allem in den wichtigen Sondergebieten der Berufsberatung und Arbeitsbeschaffung in den Bezirks- und örtlichen Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorgeorganisationen.

Von ihren im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge mitarbeitenden Vertretern erwarten die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands, daß sie auch weiterhin unablässig bemüht sind, eine gesetzliche Neuregelung der Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten und der Versorgung der Hinterbliebenen nach sozialen Gesichtspunkten herbeizuführen.

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands erachten es ferner als dringend notwendig, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge ihre Tätigkeit auch auf die ohne Versorgung entlassenen Kriegsbeschädigten und im Kriege Erkrankten ausdehnt.

Bezüglich der Arbeitsbeschaffung für die Kriegsbeschädigten fordern die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands, daß die örtlichen Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge in enger Verbindung mit den nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen stehen, die die Unterbringung von Kriegsbeschädigten mit als ihre Aufgabe übernommen haben. In den Orten, in denen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten besonders gebildete paritätische Arbeitsgemeinschaften oder Tarifinstituten (Schlichtungskommissionen) bestehen, die vornehmlich in der Arbeitsvermittlung und Lohnfestsetzung mitwirken, aber auch dann einwirken, wenn Arbeitgeber bestimmte, dem Kriegsbeschädigten gegebene Versprechen nicht halten, ist die Arbeitsbeschaffung zunächst diesen Einrichtungen zu übertragen.

Die weitere Schaffung von Arbeitsgemeinschaften als wirksamste Unterstützung der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist überall und für alle Berufe zu erstreben.

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands betrachten es als eine selbstverständliche Pflicht der Dankbarkeit, daß alle organisierten Arbeiter und Angestellten den Kriegsbeschädigten im Arbeitsverhältnis die weitestgehende Unterstützung gewähren und ihnen in treuer Kameradschaft jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stehen.“

Diese Entschließung wurde von der Konferenz einstimmig angenommen und Kollege Giesbertz beauftragt, dieselbe auf der Tagung des Kongresses zur Berlesung zu bringen. Ferner wurde beschlossen:

„Die Konferenz beauftragt die Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen, gemeinsam die weiteren, den Interessen der Kriegsbeschädigten dienenden Maßnahmen zu treffen, und zwar:

1. bei dem Herrn Reichskanzler dahin vorstellig zu werden, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge bessere organisatorische Grundlagen erhält;
2. an den Reichstag und Bundesrat eine in gleichem Sinne gehaltene Eingabe zu richten;
3. eine Zusammenstellung der Orte bzw. Kreise zu machen, an denen eine Fürsorgeorganisation vorhanden ist;
4. Vereinbarungen über die Vertretung der Gewerkschaften und Angestelltenvereinigungen in diesen Organisationen zu treffen.“

Nach dieser Erledigung der Fragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge beschloß die Konferenz einstimmig folgende gemeinsame Erklärung der vertretenen Gewerkschaften und Angestelltenverbände gegenüber den selben Organisationen:

„Angesichts der stets erneuten Bestrebungen, die sogenannten gelben Organisationen (Werkvereine, Betriebsvereine, vaterländische Arbeitervereine usw.), die von seiten der Unternehmer gegründet, unterhalten oder unterstützt werden, den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in der Vertretung von Arbeiterinteressen während des Krieges gleichzustellen und zur Geltung zu bringen, erklärt die am 23. August in Köln gemeinsam tagende Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Zentralverbände, der Generalkommission der Gewerkschaften, des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (D. D.) und der Polnischen Berufsvereinigung sowie des Deutschen Werkmeisterverbandes, daß sie die gelben Organisationen als unabhängige Vertretungen von Arbeiterinteressen nicht anerkennt und das Zusammenwirken mit ihnen bei gemeinsamen Kundgebungen von Arbeiterorganisationen ablehnt.“

Ohne Zweifel wird die Kölner Tagung für die fernere Kriegsbeschädigtenfürsorge von der größten Bedeutung sein. Möge es den unausgesetzten Bemühungen aller Kreise gelingen, unsern Kriegsbeschädigten ihre Zukunft so erträglich wie möglich zu gestalten. Daß der gute Wille dazu vorhanden ist, hat die Tagung in Köln in erfreulicher Weise bewiesen. Jetzt gilt es das schöne Werk der Kriegsbeschädigtenfürsorge weiter zu pflegen und auszubauen. An der tatkräftigen Mithilfe der organisierten Arbeiter soll es dabei nicht fehlen.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 36. Wochenbeitrag im Jahre 1916 für die Zeit vom 3. bis 9. Sept. fällig ist.

Beim Ausstellen von Mitgliedsbüchern bitten wir darauf achten zu wollen, daß Mitglieder, die den vollen Wochenbeitrag von mindestens 50 Pfg. entrichten, ein Mitgliedsbuch mit braunem, die weniger bezw. die halben Beiträge entrichten, mit grünem Umschlag erhalten. Alle Mitgliedsbücher, wofür Eintrittsgeld nicht entrichtet zu werden braucht, werden bei der Zentrale ausgestellt.

Unsere Anweisungen für die Ortsverwaltungen. Durch den häufigen Wechsel in den Ortsverwaltungen während des Krieges erscheint es angebracht, erneut auf die zuletzt im Jahre 1913 herausgegebenen „Anweisungen für die Ortsverwaltungen“ hinzuweisen. Jede Zahlstelle ist im Besitze dieser Anweisungen, eines mit gelbem Umschlag versehenen Büchleins. Sein Inhalt sollten die verantwortlichen Kollegen in den Zahlstellen ebenso gut kennen, wie die Verbandsleitungen. Wer in irgend einer Frage, die die Verwaltung der Zahlstelle angeht, kein Bescheid weiß, kann sich in den Anweisungen orientieren.

Lohnbewegung.

Bedum. Die Firma Reufert, Kehlbleiten- und Holzverarbeitungsfabrik, zahlt durch Vermittlung des Verbandes ihren Arbeitern eine 10proz. Teuerungszulage.

Karlruhe. Nach mehrmaligen Verhandlungen bewilligten die Arbeitgeber eine weitere Zulage von 3 Pfg. für die Stunde.

Berlin. Die Zahlstelle des deutschen Holzarbeiterverbandes hat in mehreren Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband Zulagen in Höhe von 40 bis 45 Proz. auf die Friedenslöhne gefordert. Der Arbeitgeberschutzverband soll bereit sein, 20 bis 25 Proz. als berechtigt anzuerkennen. Die Verhandlungen müßten jedoch auf der Grundlage geführt werden, daß 1) als Ausgangspunkt für die Zulagen die in den Jahren 1913/14 verdienten Löhne genommen würden; 2) die Zulagen nur für die Dauer des Krieges in Frage kämen; 3) besondere Forderungen bei Verlängerung des am 15. Februar 1917 ablaufenden Tarifs nicht mehr gestellt würden; 4) Arbeiter unter 20 Jahren geringere Zulagen erhielten; 5) der grundsätzliche Widerspruch gegen die Leistung von Ueberstunden fallen gelassen würde, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Betriebes mit Ausnahme für Samstag nicht mehr wie eine Ueberstunde täglich vereinbarten; 6) der Arbeitsnachweis in Berlin verstaatlicht würde; 7) die Berechnung der Löhne den Branchekommissionen überlassen würde. Die Verhandlungen sollen fortgesetzt werden.

Gewerkschaftliches.

Der Verband des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals hat auf Grund einer Urabstimmung in seinen Ortsmannschaften den Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften vollzogen. Mit dem Anschluß hatte sich der Verband bereits jahrelang beschäftigt. Doch mußten erst noch die Lehren aus der Kriegszeit hinzukommen, um eine Mehrheit für den Anschluß zu gewinnen. Der Verband zählte vor dem Kriege 14000 Mitglieder, jetzt sind es 11000 in 45 Ortsmannschaften. Wir begrüßen den Verband herzlich als ein neues Glied in unserer Bewegung.

Rundschau.

Fünf neue Kriegserklärungen sind den Völkern Europas in der vorigen Woche beibracht worden. Insgesamt sind es bis jetzt deren 31, die sich die kriegsführenden Staaten gegenseitig ins Gesicht geschickt. Italien hatte anscheinend mit seinem bisherigen verratrischen Treubruch noch nicht genug. Es schickte darum auch an Deutschland, in dem die Italiener früher Millionen verdient, seinen Tatabschieß. Rumänien, das ebenfalls vertraglich mit Oesterreich verbunden war, darf sich nunmehr an die Seite Italiens stellen. Beide passen zusammen. Folgende 10 Staaten stehen jetzt gegen die 4 verbündeten Mittelmächte: England, Frankreich, Rußland, Japan, Italien, Portugal, Rumänien, Belgien, Serbien und Montenegro. Davon sind die 3 letzten Königreiche als erledigt zu betrachten. Sie sind bis auf ein kleines Eckchen Belgiens vollständig von uns besetzt. Jetzt gilt es, sich auch des neuen Feindes noch mit zu erwehren und zwar mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Eschimmer wie Raubgeißel steht jenseit Italien wie auch Rumänien vor uns. Wie Raubgeißel hat sich auch Japan bekommen. England aber führt den Krieg mit einer Brutalität, die nicht mehr zu überbieten ist. Denn etwas Brutaleres kann es nicht geben, als wenn man ganze Völker, Frauen und Kinder, Kranke, Greise und Krüppel mit bloßen Händen zum Hungertode zu überantworten laßt. Was wir von der Arme Rußlands zu erwarten haben, wissen wir aus der Geschichte dieses Landes und aus den barbarischen Handlungen in Ostpreußen. Welche dem deutschen Volke und seiner Kultur, wenn diese Feinde ihr Ziel erreichten, Trug ihrer großen Zahl hat bis jetzt all ihre großen Pläne vereitelt werden. Und es ist eigentlich für die großen Feind-

lichen Staaten ein Armutszeugnis, daß sie Rumänien noch zu Hilfe gerufen und darauf jetzt ihre Hoffnungen setzen. Auch diese werden sich ganz bestimmt als trügerisch erweisen. Mögen Deutschlands Söhne und Töchter jetzt erst einig und geschlossen all ihre Kräfte in den Dienst des Vaterlandes stellen. Mögen vor allen Dingen aber auch jene Kreise, die bis jetzt durch ihre Handlungsweise, nicht zuletzt durch die Wucherpreise, weite Volksschichten verärgert, unsere Widerstandskraft gelähmt und den Ausschlagungsplan Englands unterstützt haben, sich endlich eines Besseren bestimmen.

Ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter über Friedensziele. Gegen den Frieden um jeden Preis hat sich kürzlich der sozialdem. Abgeordnete Scheidemann in einer Versammlung in Dresden unter anderem wie folgt geäußert: Wir haben bis zur letzten Sekunde Versuche gemacht, den Krieg zu verhindern. Wir haben nach Ausbruch des Krieges wohl zehnmal versucht, mit den französischen Sozialisten in Verbindung zu treten — immer haben sie abgelehnt, erst vor acht Tagen wieder. Es wird von verantwortungslosen Schwärmern geredet, die Munitionsarbeiter sollten die Arbeit einstellen. Es ist mir unverständlich, wie jemand nur daran denken kann, daß wir unseren Feldgrauen in den Rücken fallen sollen, um unseren Feinden den Sieg zu erleichtern. Wir wollen den Frieden, aber nicht den Frieden um jeden Preis. Deutschland würde zum Bettelvolk der ganzen Welt werden, aus der deutschen Arbeiterklasse würde dann ein Haufen von Bettlern werden. Was wir mit der Regierung gemein haben, haben wir mit dem ganzen deutschen Volk gemein: das Interesse an der Erhaltung unseres Volkes. Die Sozialisten in Belgien, England und Frankreich haben sich mit ihren Regierungen eingelassen — aber davon wird nicht gesprochen, nur wenn unferneiner für die Regierung eintritt, heißt es sofort: Freiwilliger Regierungskommissar! Es häupt für Deutschland ungemein viel ab von einem guten Frieden. Wir dürfen nicht tun, was unseren Truppen Schaden könnte — das gebietet unsere Dankespflicht. Wir sind bereit, Frieden zu schließen, aber nicht Frieden um jeden Preis, der unsere Arbeiter zu Hungerleiden machen würde.

Der Arbeitsmarkt im Juli. Im 24. Kriegsmonat zeigt nach dem Reichsarbeitsblatt die Wirtschaftslage im Deutschen Reich im ganzen das selbe Gepräge wie in den vorhergehenden Monaten. Die lebhafteste Beschäftigung, die insbesondere die für die Kriegswirtschaft arbeitenden Gewerbe aufweisen, hat dem Vormonat gegenüber in einzelnen Gewerbebezügen noch eine Steigerung erfahren. Auch im Vergleich zum Juli des Vorjahres ist vorwiegend eine Verbesserung festzustellen.

Die Werkzeugmaschinenfabriken hatten besser als im Vorjahr und eben so stark wie in den vorhergehenden Monaten zu tun. Es wurde wiederum sehr viel mit Ueberstunden gearbeitet.

Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Maschinen war ebenso gut wie im Vormonat und zum Teil stärker als im Vorjahr. Auch dem Juni ds. Js. gegenüber wird vorwiegend eine Verbesserung festgestellt. Es wird darauf hingewiesen, daß der Leutenmangel wie die Notwendigkeit, die Futtermittel so gut als möglich auszunutzen, die Landwirtschaft zum Ankauf neuer und besserer landwirtschaftlicher Maschinen aller Art bestimmt. Eine besonders starke Nachfrage herrscht zur Zeit nach Dreschmaschinen. Auch für Drillmaschinen liegen gute Bestellungen vor. An den Aufträgen ist auch das neutrale Ausland beteiligt. Lohnerhöhungen haben im Berichtsmonat wieder stattgefunden. Ueberstunden und Nachschichten mußten auch in diesem Gewerbebezuge wieder eingelegt werden.

Für den Eisenbahnwagenbau wird auch für Juli über gute Beschäftigung berichtet. Eine Veränderung ist im allgemeinen weder im Vergleich zum Vormonat noch zum Vorjahr festzustellen. Verschiedentlich mußte Ueberstundenarbeit geleistet werden.

Der Kraftwagen- und Flugzeugbau war ebenso gut wie im Vormonat beschäftigt. Die Tätigkeit war nach verschiedenen Berichten sehr stark und härter als im Vorjahr. Wie in den Vormonaten mußten auch im Berichtsmonat Ueberstunden geleistet werden. Nur einer der Berichte gibt an, daß die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen ist.

Die Säge- und Hobelwerke wie die Riffenfabriken haben im Juli keine Veränderung des Beschäftigungsganges erfahren. Lohnaufbesserungen sind teilweise erfolgt. Auch die Nachfrage nach Parkett- und Eschbrettern ist unverändert geblieben.

Für den Wagenbau wird über ebenso gute Tätigkeit wie im Vormonat berichtet. Da der Kriegsbedarf nicht mehr so groß ist, stellt sich die Lage nicht ganz so gut wie im Juli 1915.

Die Hobelabriken stellen teilweise eine weitere Verbesserung des befriedigenden oder guten Beschäftigungsganges fest. Dem Vorjahr gegenüber wird die Besserung als erheblich bezeichnet. Es wird angegeben, daß die Aufträge so reichlich eingingen, daß ihnen nur schwer und langsam genügt werden konnte. Einer der Berichte hebt hervor, daß im Juli die Beschäftigung immer besser als im Juni sei.

Die Kollabherstellung hat weniger gute Lage als im Vorjahr, doch sind die Verhältnisse im Vergleich zum Vormonat die gleichen geblieben.

Die Fassfabriken weisen fast die gleiche Lage wie im Vorjahr und im Vormonat auf.

Aus der Rohwarenfabrik wird ziemlich befriedigender Umsatz gemeldet. Für die Herstellung von Kinderwagen haben Veränderungen nicht Platz gegriffen.

Die Bürstenwarenfabrik war im vergangenen Monat sehr gut beschäftigt, zum Teil war die Einlegung von Ueberstunden erforderlich.

Die Schirmfabriken haben im großen und ganzen den gleichen Beschäftigungsstand bewahrt, den sie im vorigen Monat erreicht hatten. Vereinzelt wird angegeben, daß dem Vormonat wie dem Vorjahr gegenüber eine Verbesserung des guten Beschäftigungsganges zutage getreten ist.

Die Zahl der Arbeitslosen in der Holzindustrie hat bis gegen Ende des Juni abgenommen. Erst in den letzten Tagen des Berichtsmonats ist wieder ein unbedeutendes Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu bemerken. Vier Arbeiterverbände des Holzgewerbes hatten mit 75881 berichtenden Mitgliedern im Berichtsmonat 1,2 v. H. Arbeitslose gegen 1,5 v. H. im Vormonat und 3,6 v. H. im Vorjahr.

Zudergewinne. Die Fuderfabrik Bobern zahlt ihren Aktionären für das Geschäftsjahr 1915 eine Dividende von 20 Prozent. Außerdem erhalten die Kassenbesitzer für jeden Zentner Rüben 26 Pfg. nachgezahlt. Da in Mitteldeutschland Rübenbauern und Industrielle vielfach ein und dieselben Personen sind, vereinigt sich in diesem Maße auch die Dividende und der nachgezahlte Rübenpreis. Der Kassenbesitzer kann natürlich nicht erkennen, ob die Nachzahlung zu dem

Zwecke gewählt worden ist, um die Dividende nicht allzu hoch erscheinen zu lassen. Angesichts solcher Gewinne muß, wie der Kriegsauschuß für Konsumenteninteressen zutreffend bemerkt, mit aller Sorgfalt geprüft werden, ob der angeordneten Erhöhung der Rübenpreise um rund 50 Pfg. je Zentner neuer Ernte auch eine Erhöhung des Zuckerpreises zu folgen braucht. Die Gewinne der Zuckerindustrie lassen die Notwendigkeit bis heute keineswegs erkennen.

Aus dem gewerblichen Leben.

Die Versorgung des Holzgewerbes mit Leim und die Preiserhöhung der Fabrikate im Holzgewerbe waren Gegenstände einer Arbeitgebertagung, die am 21. August im Lehrereinschule zu Berlin abgehalten wurde. Aus der Fachzeitung der Tischlermeister und Holzindustriellen, die darüber berichtet, entnehmen wir, daß die Veranstaltung einberufen war vom Bund deutscher Tischlerinnungen und daß zahlreiche Vertreter aller im Holzgewerbe bestehenden Verbände, Vereine, Innungen und sonstiger Körperschaften vertreten waren. Obermeister Raßardt referierte über die Entwicklung der Leimversorgung.

„Im Hinblick auf gewisse Vorgänge auf dem Lebensmittelmarkt mußten wir angesichts dieser Maßnahmen wohl auf manches gefaßt sein. Die merkliche Verringerung der Rohstoffe, die Verteilung der Fabrikation, der Mangel an Arbeitern die erhöhten Geschäftskosten hätten es wohl gerechtfertigt, wenn angesichts der dazu tretenden ganzen Teuerungsverhältnisse die Leimpreise in einer angemessenen Weise gestiegen wären; und selbst eine Erhöhung derselben bis zu 50 Prozent hätten wir uns im Hinblick auf alle diese Vorgänge auch gefallen lassen müssen, ja man hätte am Ende keinen Einspruch auch dann erhoben, wenn sich der Handel mit einem Ausschlag von 100 Prozent begnügt hätte. Leider haben wir in dieser Beziehung eine ganz gewaltige Enttäuschung erleben müssen. Zur Kennzeichnung dieser besonderen Abteilung des Handels sei gesagt, daß eine kleine Clique von Menschen unter Ausnutzung der Notlage im Tischlergewerbe und unter Verleugnung von Treu und Glauben und allen Grundsätzen von Moral und guter Sitte die Preise unerhört hinauftrieb und die Kundschaft derartig behandelte, daß dieser Teil des Handels denn doch wirklich keine Rache mehr verdient! Auf keinem anderen Gebiete haben wir so Schlimmes erlebt, nirgendwo anders ist ein so ausgesprochenes Wucher getrieben wie hier. Und dabei waren genügend Vorräte vorhanden, trotzdem aber wurden die Preise innerhalb 8 Tagen auf 100 und dann von Tag zu Tag um 10, 20, 30 und mehr hinaufgetrieben. Von Woche zu Woche wurden die Verträge nicht mehr für gültig erklärt, getroffene Abschlüsse wurden annulliert, die Vorräte wurden verschoben und es konnten sich Elemente in den Handel mit Leim drängen, die nie darin gearbeitet, ja nie etwas von Leim gesehen hatten. Es herrschte auf diesem Gebiete eine Anarchie, und es ist nur zu bewundern, daß sich bei manchen Vorkommnissen nicht Jemand fand, der den Staatsanwalt auf dieses wucherische Treiben aufmerksam machte.“

Bereits hat im Reichsamt des Innern eine Konferenz über denselben Gegenstand stattgefunden. Demnächst steht eine Bundesratsverordnung bevor, die Bestandsaufnahme und Bedarfsregelung von Leim vorsieht. Als Unterlage für die Regelung werden Fragebogen ausgegeben. Die Arbeitgeber werden aufgefordert, bei der Neuregelung gewissenhaft mit zu arbeiten. Von Herrn Rückelhaus-Essen wurde die Festsetzung von Höchstpreisen gefordert, die den Selbstkosten und den Kosten für Verteilung entsprächen, die aber nicht die jetzigen schamlosen Spekulationspreise zur Unterlage nähmen. Es sei ganz gleichgültig, ob dadurch der spekulative Handel, der die Wucherpreise herbeigeführt, geschädigt werde. Die Weiterverfolgung der Angelegenheit wurde dem Vorstande des Bundes deutscher Tischler-Innungen übertragen, dem noch ein Ausschuß aus Vertretern verschiedener Organisationen zur Seite gestellt wurde.

Im folgender einstimmig gefaßten Resolution kommt das Ergebnis der Beratungen zum Ausdruck:

„Die am 21. August 1916 im Lehrereinschule zu Berlin tagende Versammlung von Vertretern aus allen Zweigen des deutschen Holzgewerbes stellt mit Bedauern fest, daß nach Erscheinen der Bundesrats-Besordnungen vom 24. Februar und 13. April d. J. in Sachen des Verkehrs mit Leimleder und Knochen eine jeder Beschreibung spottende Preiskreierei auf dem Gebiete des Leimhandels eingetreten ist. Den Leimverbrauchern sind innerhalb einiger Monate ohne jede innere Berechtigung und unter Verteilung aller guten Sitten durch den Leimhandel viele Millionen entzogen worden. Das durch den Krieg ohnehin schwer leidende deutsche Holzgewerbe erhebt gegen eine derartige Ausbeutung seiner Notlage den allerhöchsten Protest und bittet den Bundesrat, neben der in Aussicht gestellten Bestandsaufnahme und Bedarfsanmeldung ungesäumt Bestimmungen zu treffen, nach welchen alle Vorräte an Leder- und Knochenleim zu noch festzusetzenden angemessenen Höchstpreisen beschlagnahmt werden und durch den Kriegsauschuß für Versuchsmittel in Gemeinschaft mit einer Sachkommission eine Bewirtschaftung des Leims erfolgt.“

Zur Frage der Preiserhöhung der Fabrikate im deutschen Holzgewerbe referierte Bundessekretär Dr. Müffelmann. Hierzu wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die heutige, aus allen Teilen des Deutschen Reiches und aus allen Kreisen des deutschen Holzgewerbes besuchte, im Lehrereinschule zu Berlin tagende Versammlung gibt in vollster Uebereinstimmung mit allen bisher in den verschiedenen Organisationen des Holzgewerbes gefaßten Beschlüssen ihre Meinung einmütig dahin kund, daß angesichts der sorgfältig angelegten Preise aller Rohmaterialien und sonstiger Herstellungskosten die Verkaufspreise für die Fabrikate des deutschen Holzgewerbes eine entsprechende Erhöhung erfahren müssen, und gibt allen örtlichen und Landes-Organisationen anheim, in gebührender Weise die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Mit aller Entschiedenheit erklärt sich die Versammlung einmütig gegen die in Tageszeitungen erschienenen Anzeigen, in denen entgegen der von den Organisationen des Holzgewerbes gefaßten Beschlüssen Möbel zum bisherigen Preise angelündigt werden. Die Versammlung erblickt in derartigen Anzeigen eine schwere Schädigung des gesamten Gewerbes und verwirft entschieden solches Gebahren als einen durchaus unzulässigen Wettbewerb.“